

# Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf,

Wilsenbrand, Ursprung, Mittelbach, Langenberg, Falken, Meinsdorf, Grumbach, Tirschheim zc.

Weitverbreitetes Insertions-Organ für amtliche und Privat-Anzeigen.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Auskäufer, sowie alle Postanstalten.  
Für Abonnenten wird der Sonntags-Nummer eine illustrierte Sonntagsbeilage gratis beigegeben.

**Abonnement:**  
**Bei Abholung** monatlich . . . . . 35 Pfg.  
die einzelne Nummer 5 „  
**Frei ins Haus** monatlich . . . . . 42 Pfg.  
vierteljährlich 1. M. 25 Pfg.  
Durch die Post bezogen 1.25 Mk. excl. Bestellgeld.

**Insertionsgebühren:** die sechsgespaltene Corpusspalte oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg.  
Reklamen 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.  
**Annahme der Inserate** für die folgende Nummer bis **vorn. 10 Uhr.** Größere Anzeigen abends vorher erbeten.

Nr. 238.

Fernsprecher Nr. 151.

Dienstag, den 13. Oktober 1903.

Geschäftsstelle: Bahnstr. 3.

30. Jahrgang.

Die Wassersteuer auf die Monate Juli bis mit September 1903 ist längstens bis zum 26. dieses Monats bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung an unsere Stadtsteuereinnahme-Rathaus, Zimmer Nr. 2 — abzuführen.  
Hohenstein-Ernstthal, am 12. Oktober 1903.  
Der Stadtrat.  
Dr. Volker. Gfr.

## Was geht in Ostasien vor?

Die „Morning Post“, dasjenige Londoner Organ, das über die Vorgänge im Ausland von allen englischen Blättern am besten informiert erscheint, läßt sich aus Tschifu melden, dort gehe andauernd das Gerücht, Japan habe bezüglich der Mandchurien an Rußland ein Ultimatum gestellt, das in zwei Tagen ablaufe. Der „Köln. Ztg.“ wird aus Seoul gemeldet, dort laufen die wilden, vorläufig aber noch unkontrollierbaren Gerüchte um. So heißt es, daß eine große japanische Truppenmacht in Japan gelandet sei. Die Palastwachen seien verstärkt worden und in allen Kreisen herrsche ein Gefühl großer Unsicherheit.  
Wir können nicht glauben, daß Japan Handel mit Rußland suchen wird, in denen es flüchtig unterliegen würde. Die Vereinigten Staaten begünstigen sich mit dem mit China abgeschlossenen Handelsvertrage, der ihnen die wichtigsten Häfen der Mandchurien eröffnet, und England denkt schon gar nicht daran, Rußland im fernem Osten entgegenzutreten. Das weiß man in Tokio so gut wie anderwärts, man kennt dort auch ganz genau die starken Streitkräfte, die Rußland in Ostasien vereinigt hat. Wir meinen daher, Rußland werde im fernem Osten den bewaffneten Frieden ausrecht erhalten.

Nach Telegrammen amerikanischer Blätter hat das russische Geschwader Port Arthur verlassen. Der Admiral ist im Besitze veriegelter Ordres, die erst auf hoher See geöffnet werden dürfen. Man glaubt, daß sich das Geschwader nach Korea begeben werde. Auch der „Köln. Ztg.“ gehen fortgesetzt Nachrichten aus Petersburg zu, die den Ausbruch kriegerischer Verwicklungen anfündigen. Danach würde Rußland sich mit Japan über die Koreafrage einig, d. h. mit ihm das Kaiserreich Korea teilen, sich aber in die Mandchurienfrage keine Einrede gefallen lassen.

## Das Ende des amerikanischen Petroleummonopols?

Man weiß, welche Macht die nordamerikanische „Standard Oil Company“, an deren Spitze der Milliardär Rockefeller steht, ausübt. Der Rockefeller strebt ein Weltmonopol an, um die Petroleumpreise ganz nach seinem Belieben festsetzen zu können. Dieses Vorhaben ist ihm indessen zum Glück bisher nicht gelungen, wird ihm hoffentlich auch nicht glücken, denn die großen Petroleumgesellschaften in Rußland, Galizien und Rumänien sind auf ihrer Hut. Die Herrschaft der Standard Oil Company ist aber jetzt schon eine recht lästige, sie wird besonders in Deutschland drückend empfunden. Der preussische Handelsminister hat nun dieser Tage die Erdölwerke in der Lüneburger Heide besucht und bei dieser Gelegenheit nach hannoverschen Blättern gesagt, er freue sich, die Ueberzeugung mitnehmen zu können, daß jetzt dem amerikanischen Petroleummonopol bald ein Ende gemacht werden könne durch die Bestrebungen, in Deutschland Erdölager aufzufinden, so namentlich in der Lüneburger Heide. Die Regierung stehe in dieser Frage auf dem Standpunkt, daß sich die aus diesen Bestrebungen entwickelnde Konkurrenz nur gegen das Ausland richte.

Es wäre der richtige Standpunkt, wenn die deutschen Produzenten Hand in Hand gehen würden und zusammen große Raffinerien errichteten. Wie bei den Konferenzen des Ministers mit den Deutschen Industriellen zur Sprache kam, beabsichtigt die internationale Bohrergesellschaft im allergrößten Maßstabe Bohrungen im Wieser Delbruche vorzunehmen; sie hat teilweise auch bereits damit begonnen. Die Zukunft muß lehren, ob Herr Müller

Recht behalten und ob es gelingen wird, den deutschen Petroleummarkt vom Ausland, vor allem von Nordamerika unabhängig zu machen. Bis jetzt ist die deutsche Petroleumproduktion mit etwa 1/2 Million Hektoliter jährlich nicht bedeutend. Dagegen entfällt von der Gesamtproduktion in Höhe von über 100 Mill. jährlich mehr als die Hälfte auf Amerika.

## Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ueber die Gerüchte von einem bevorstehenden Sturz des Reichskanzlers Grafen v. Bülow geht der „Köln. Ztg.“ eine Meldung aus Berlin zu, die von einer der Regierung nahe stehenden Stelle herrührt. Darin wird erklärt, es sei unerfindlich, wozu sich die Annahme rechtfertigen lasse, daß die Stellung des Reichskanzlers gerade jetzt bedroht sei. Daß schwierige politische Fragen vorliegen und daß die Gesamtlage manche unbedeutsame Aufgaben an den Reichskanzler stellt, ist unzweifelhaft richtig; aber solche Fragen gibt es mehr oder minder zu jeder Zeit, ohne daß man deshalb annehmen muß, daß sie durch das Mittel einer Reichskanzlerkrisis zur Lösung gebracht werden müssen. Es liegen zur Zeit nicht die geringsten Anzeichen vor, die auf einen Rücktritt des Reichskanzlers hinweisen oder ihn auch nur wahrscheinlich machen. Nun wird von Ministerkränzen gesprochen und es ist nicht zweifelhaft, daß Leute vorhanden sind, die den Grafen Bülow lieber heute als morgen aus seinem Amte scheiden sehen würden. Diese Erwägung hat aber an sich gar nichts Auffälliges, denn es dürfte niemals einen Reichskanzler gegeben haben oder in Zukunft geben, der nicht seine Feinde und Gegner hätte. Es ist das gewissermaßen ein natürlicher Zustand, mit dem der Reichskanzler und die Öffentlichkeit rechnen müssen, und es liegt im Wesen der politischen Parteien, daß sie einen Minister unterstützen oder bekämpfen, je nachdem sie glauben, daß er ihrer Ansicht nach einen vorteilhaften oder unglücklichen Einfluß auf die Leitung der staatlichen Angelegenheiten ausübt. — Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen verrät die „Köln. Ztg.“ noch, daß die preussische Staatsregierung über die Neugestaltung der Kanalvorlage noch gar keinen endgültigen Beschluß gefaßt hat, so daß alle Kombinationen bezüglich der Wiedererbringung dieser Vorlage verfrüht erscheinen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beriet, wie schon berichtet, am Donnerstag über den sozialdemokratischen Antrag, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, ob und welche rechtlichen Vorschriften bestehen, nach denen der Polizeipräsident von Berlin in der Lage sei, den Leitern städtischer Schulen Anweisungen über den Ausfall des Unterrichts zu erteilen. Oberbürgermeister Ritscher führte aus, daß die Schließung der Schulen am Paratage vom Kaiser befohlen sei. Der Polizeipräsident habe nicht aus eigenem Rechte in den Schulbetrieb eingegriffen; er wurde nur vom Kultusminister mit der Uebermittlung des Allerhöchsten Befehls an die Schulen beauftragt, weil die Polizei eben in der Uebermittlung solcher Befehle am schnellsten arbeite. Nach einer sehr lebhaften Debatte, in welcher sich die Sozialdemokratie als Hort der Schulen gerierte, nahm man einen freisinnigen Antrag an, bei den zuständigen Staatsbehörden vorstellig zu werden, daß in Zukunft die durch plötzlichen Ausfall des Schulunterrichts an ganzen Schultagen sich für die Schule und die Schüler ergebenden Schädigungen vermieden werden und daß Verfügungen an die städtischen Schulen durch die Schuldeputation bez. anderweitig zuständigen Behörden und nicht durch die Organe der Exekutivpolizei den Schulleitern zugestellt werden.

Das „Köln. Tagebl.“ berichtet: „Die standesmäßigen Vorgänge auf dem Dresdner Parteitage und das dort, wie auch in den Stuttgarter Versammlungen, den akademisch gebildeten Jogen, „Revisionslisten“ ausgesprochene Mißtrauen haben auch den hiesigen Vertrauensmann der Gewerkschaften, Professor a. D. Dr. Maier, der der Volkswirtschaftlichen Richtung huldigt, zum Austritt aus der sozialdemokratischen Partei bewogen.“

Im bayerischen Landtage ist binnen kurzem eine politische Erörterung über die Lage in Bayern zu erwarten. An den Etat des Ministeriums des königlichen Hauses und des Außeren, dessen Chef Herr v. Bodewitz ist, soll nach der Augsb. Postztg. die Besprechung der Lage und des Sturzes des bisherigen Ministerpräsidenten Grafen Crailsheim geknüpft werden. Der Etat kommt Mitte dieser Woche an die Abgeordnetenkammer und dann wird die mit Spannung erwartete Auseinandersetzung über die Entwicklung Bayerns beginnen. — Das Zentrum bringt einen Antrag auf Einführung einer Grundwertwachsteuer ein, da der Regierungsentwurf über die Einführung einer Grundwertabgabe für Spekulationsgrundstücke ungenügend ausgefallen sei. — Die Sozialdemokraten kommen mit ihren alten Anträgen: ab 1. Oktober 1904 in allen Staatsbetrieben die neunstündige und ab 1. Oktober 1906 die achtstündige Arbeitszeit einzuführen.

Sein 50jähriges Militärjubiläum begeht am heutigen Montag Herzog Karl Theodor in Bayern, der den Rang eines Generals der Kavallerie bekleidet. Der Herzog ist ein schneidiger Reiter, hat an zwei Feldzügen mit Auszeichnung teilgenommen und genießt als Augenarzt einen bedeutenden Ruf. — Die Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner in Halle a. S. sprach der Reichsregierung den Dank aus für die auch in diesem Jahre der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte gewährte Unterstützung von 30 000 M. zur Förderung der Forschungen auf dem Gebiet der Studien-, Unterrichts- und Erziehungs-Geschichte in Ländern deutscher Zunge.

Die Aussichten für die Beschäftigung auf den Kruppischen Werken sind laut Rhein.-Westf. Ztg. für die nächsten Jahre günstig, wozu vorzugsweise das auf den Markt gebrachte Rohrdrückgeschütz in seiner jetzigen Beschaffenheit beiträgt, womit die Firma Krupp einen Erfolg über die Fabrikate anderer Geschützfabriken errungen hat. Die Kanonen- und Lafettenbetriebe sind teilweise bereits jetzt angestrengt beschäftigt. Weitere Bestellungen auf Rohrdrückgeschütze vom Auslande, sowie die bestimmt in Aussicht stehende Umänderung der preussischen Feldgeschütze lassen mit Sicherheit eine stärkere Beschäftigung der Kruppischen Werke für drei bis fünf Jahre voraussehen. Die Firma arbeitet an Aufträgen für die Schweiz, die Türkei und für Schweden. Für Rumänien werden Geschütze vorbereitet. Da die Waffenlieferung wieder gestattet ist, bestellt auch China Kriegsmaterial.

Das 28 Ztm.-Schneifenerschütz, das die neuesten Linienstücke erhalten, hat eine Rohrlänge von 12,3 Meter, die Stahlpanzergrenate wiegt 270 Kilo, die Pulverladung 70,4 Kilo, das Geschütz durchschlägt bei einer lebendigen Kraft von 12 560 Meter an der Mündung eine Stahlplatte von 801 Millimeter.

Ueber die Eingliederung der schweren Artillerie des Feldheeres in die Marschkolonnen sind nach dem Armeeverordnungsblatt durch kaiserliche Bestimmung die Vorschriften der Feldlinienordnung dahin abgeändert, daß es in der Regel genügt, sie am Ende der Infanterie marschieren zu lassen. Steht aber ein Angriff auf besetzte Stellungen in sicherer Aussicht, so soll die schwere Artillerie ihren Platz in der Marschkolonne soweit vorn erhalten, daß ihr rechtzeitiger Eintritt in das Gefecht gewährleistet ist. Alsdann werden schon bei Beginn des Marsches die Beobachtungswagen in die Vorhut vorgezogen. Die Erkundungsoffiziere sind frühzeitig zu entsenden. Zur Hilfestellung bei schwierigen Wegeverhältnissen wird jedem Marscherbataillon in der Regel ein Bataillon Infanterie zugeteilt, das auch zur Aushilfe bei Herstellung der Geschützbedeckungen zu verwenden ist.

Oesterreich-Ungarn.

Die Lösung der ungarischen Kabinettskrise

folle der „Nat. Ztg.“ zufolge unmittelbar bevorstehen. Es soll der Versuch mit einem Ministerium der starken Hand wiederholt und zu diesem Ende Stephan Tisza mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden. Man scheint jetzt endlich entschlossen zu sein, auch die äußersten Gewaltmittel anzuwenden, weil jeder andere Versuch zur Lösung der Krise diese ins Unabsehbare ausdehnen würde. Andrássy und Szell werden den Grafen Tisza unterstützen, ohne in sein Kabinett einzutreten. Als einer der ersten Schritte Tiszas wird die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Ausschreibung von Neuwahlen bezeichnet.

Frankreich.

Der in Marseille tagende Kongress der sozialistischen Radikalen hat eine Resolution angenommen, in der die dem Parlament angehörigen Parteimitglieder aufgefordert werden, sich mit ihren Kollegen in den auswärtigen Parlamenten ins Einvernehmen zu setzen hinsichtlich gleichzeitiger Unterbreitung einer Resolution in den betreffenden Parlamenten, in der die Regierungen aufgefordert werden, sich mit einander zu verständigen, und hinsichtlich der Stellung von Abänderungsanträgen zu den Seeres- und Marinebudgets, durch die eine gleichzeitige Herabsetzung der militärischen Ausgaben erzielt werden soll, die die Arbeiter so schwer belasteten.

Schweiz.

Nach dem revidierten Bundesvertrag soll der Simplontunnel am 30. April 1905 dem Betriebe übergeben werden. Wird die Unternehmung mit dem Simplondurchschnitt erst nach dem 30. April 1905 fertig, so muß sie für jeden Tag Verspätung eine Konventionalstrafe von 2000 Francs bezahlen, wird sie früher fertig, bekommt sie für jeden Tag eine Prämie von 2000 Francs. Der Rücklauf der Jura-Simplonbahn kann erst im Dezember der Bundesversammlung unterbreitet werden.

Italien.

Entgegen der Wiener Meldung, daß die Romreise des russischen Kaiserpaars aufgegeben worden sei, bemerkt die „Tribuna“, der italienischen Regierung sei die amtliche Mitteilung zugegangen, daß Kaiser Nikolaus zwischen dem 24. und 30. d. M. nach Rom kommen werde, und da in der Angelegenheit nichts weiter erfolgt sei, müsse man annehmen, daß die Reise in dem festgesetzten Zeitraum erfolge. Der „Köln. Ztg.“ wird hier wieder von mehreren Seiten bestätigt, daß die Reise des Zaren nach Rom vorläufig aufgegeben sei. Zuflüchtige Petersburger Hofkreise hätten die Beforgnis geltend gemacht, daß keine hinreichende Sicherheit gegen anarchistischen und sozialdemokratischen Unfug bestehe. Die italienischen Sozialisten hätten den deutschen Sozialdemokratenführer Bebel ermahnt, seine Meinung bezüglich einer gegen den Zaren zu veranstaltenden Demonstration gelegentlich dessen Besuchs in Rom zu äußern, nachdem ihnen der Führer der französischen Sozialisten Faures entschieden von der Ausführung ihres Vorhabens abgeraten hatte. Bebel hat nun geantwortet: „Eigentlich wollte ich auf Ihre Frage überhaupt nicht antworten, und zwar aus dem Grunde, weil ich nicht in den Streit der italienischen Genossen einmischen will. Wenn Sie jedoch gefragt hätten, was die deutschen Sozialisten im Falle eines Besuchs des Zaren in Berlin täten, so hätte ich Ihnen erwidert: „nichts!“ Sie ließen den Zaren tun, was er will, und würden von seiner Gegenwart gar keine Notiz nehmen.“

Holland.

Der Präsident Krüger soll plötzlich schwer erkrankt sein. Privatmeldungen, die Amsterdamer Burenkreisen zugegangen sind, versichern, daß im Befinden des Präsidenten Krügers während der letzten Woche eine bedenkliche Verschlimmerung eingetreten sei. Die neuen Nachrichten aus Transvaal über die fürchterliche Not, in der sich die Rebellen der Burenfamilien befinden, sollen den greisen Präsidenten demmaßen erregt haben, daß er fast gelähmt wurde.

England.

Die „Times“ dementieren die Meldung von einem englisch-französischen Schiedsgerichtsvertrag. Die einzige Begründung des Gerüchtes sei, daß allerdings die Rede von einem einfachen kurzen Abkommen sei, welches für juristische Meinungsverschieden-